

Schlussfolgerung des Europäischen Rates von Göteborg: Auszug über die Zukunft Europas (15.-16. Juni 2001)

Quelle: Schlussfolgerung des Vorsitzes - Europäischer Rat von Göteborg, 15. und 16. Juni 2001. [ONLINE]. [s.l.]: Rat der Europäischen Union, [12.01.2007]. Verfügbar unter

[HTTP://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf).

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2013

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schlussfolgerung_des_europaischen_rates_von_goteborg_auszug_uber_die_zukunft_europas_15_16_juni_2001-de-cfb2b882-6291-4f77-998e-78e982b26a13.html

Publication date: 19/12/2013

Europäischer Rat von Göteborg (15.-16. Juni 2001) Schlussfolgerungen des Vorsitzes

[...]

I. Die Zukunft Europas

3. Erweiterung und Globalisierung bieten der Europäischen Union große Chancen und stellen sie vor große Herausforderungen. Mit der offenen Debatte über die Zukunft der Union sind die Vorbereitungen für eine Regierungskonferenz 2004 im Gange. Gemeinsam mit den derzeitigen Bemühungen im Hinblick auf die Reform und die Modernisierung von Strukturen und Arbeitsverfahren wird dies dazu dienen, die Gründungsverträge der Union und ihre Institutionen an die neuen Realitäten und an die Forderungen ihrer Bürger anzupassen.

4. Der Ratifikationsprozess für den Vertrag von Nizza wird fortgesetzt werden, so dass die Union in der Lage sein wird, ab Ende 2002 neue Mitgliedstaaten aufzunehmen. In Bezug auf das irische Referendum bestätigt der Europäische Rat die Schlussfolgerungen, die vom Rat (Allgemeine Angelegenheiten) am 11. Juni in Luxemburg angenommen wurden, einschließlich der Bereitschaft, die irische Regierung nach Kräften bei der Suche nach einer Lösung zu unterstützen. Er bekräftigt erneut das Engagement der Union für die Erweiterung und für weitere zügige Fortschritte bei den Beitrittsverhandlungen.

Erweiterung

5. Unter schwedischem Vorsitz ist bei den Beitrittsverhandlungen in mehreren Punkten ein entscheidender Durchbruch erzielt worden. Konsequente Bemühungen aller Parteien haben es ermöglicht, die in Nizza für die erste Jahreshälfte 2001 festgelegten Ziele zu erreichen und zu übertreffen.

6. In den Schlussfolgerungen des Rates vom 11. Juni werden die wesentlichen Ergebnisse, die in einer Reihe von Schlüsselbereichen erzielt worden sind, ausführlich behandelt. Die Beitrittsländer haben beeindruckende Fortschritte bei der Erfüllung der Beitrittskriterien erzielt. Mit einigen Bewerberländern sind mehr als zwei Drittel der Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen worden. Mit einigen der Bewerberländer, die die Verhandlungen erst letztes Jahr aufgenommen haben, werden alle Verhandlungskapitel vor Ende Juni eröffnet sein. Es hat sich gezeigt, dass der Fahrplan ein ehrgeiziger und realistischer Rahmen für die Verhandlungen ist. Unter den künftigen belgischen und spanischen Vorsitzenden wird die Europäische Union dem Fahrplan mit unvermindertem Einsatz folgen.

7. Dieser neuen Dynamik müssen kontinuierliche Fortschritte in den Bewerberländern bei der Übernahme, der Anwendung und der Durchsetzung des Besitzstands gegenüberstehen. Sie werden besonderes Augenmerk auf die Schaffung angemessener Verwaltungsstrukturen, die Reform des Rechtssystems und des öffentlichen Dienstes sowie die Situation der Minderheiten richten müssen. Besondere Anstrengungen werden zur Unterstützung Bulgariens und Rumäniens erforderlich sein.

8. Die Bewerberländer werden weiterhin nur nach ihren jeweiligen Leistungen beurteilt. Es gilt der Grundsatz der Differenzierung. Dies ermöglicht es den am besten vorbereiteten Ländern, in den Verhandlungen rascher voranzukommen, und anderen Bewerbern, bei den Verhandlungen aufzuholen. Vereinbarungen - auch Teilvereinbarungen -, die im Laufe der Verhandlungen erzielt werden, sind erst dann als endgültig zu betrachten, wenn eine Gesamteinigung erzielt worden ist.

9. Der Erweiterungsprozess ist unumkehrbar. Ausgehend von den bisherigen Fortschritten bekräftigt der Europäische Rat, dass der Fahrplan den Rahmen für einen erfolgreichen Abschluss der Erweiterungsverhandlungen darstellt. Wenn die Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittskriterien unvermindert anhalten, dürfte es der Fahrplan ermöglichen, dass die Verhandlungen für die Länder, die ausreichend auf den Beitritt vorbereitet sind, bis Ende 2002 abgeschlossen werden können. Ziel ist, dass sie als Mitglieder an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 teilnehmen können.

10. Durch die Beschlüsse, die der Europäische Rat in Helsinki gefasst hat, ist die Türkei der EU näher gekommen und sind neue Aussichten für ihre europäischen Bestrebungen eröffnet worden. Große Fortschritte sind bei der Umsetzung der Heranführungsstrategie für die Türkei, einschließlich eines verstärkten politischen Dialogs, erzielt worden. Die Vorstellung des nationalen Programms für die Annahme des Besitzstands durch die Türkei ist eine begrüßenswerte Entwicklung. In einer Reihe von Bereichen wie dem der Menschenrechte sind allerdings noch Fortschritte notwendig. Die Türkei wird aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Prioritäten der Beitrittspartnerschaft zu ergreifen, die ein Eckpfeiler der Heranführungsstrategie ist. Der Rat wird gebeten, spätestens bis Ende des Jahres den einheitlichen finanziellen Rahmen für die Heranführungshilfe für die Türkei anzunehmen. Das mit dem IWF vereinbarte Wirtschaftsprogramm muss mit Nachdruck umgesetzt werden, damit die Bedingungen für die wirtschaftliche Wiederbelebung geschaffen werden können.

11. Unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Situation werden die Bewerberländer aufgefordert, die wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Ziele der Union auf ihre nationalen Politiken zu übertragen. Die Absicht der Bewerberländer, die "eEurope+"-Initiative anzunehmen, ist ein erfolgversprechendes Beispiel hierfür. Im Frühjahr 2003 beginnt die Kommission, die Bewerberländer und ihre nationalen Politiken in ihren jährlichen Synthesebericht aufzunehmen.

12. Der Europäische Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission in Einklang mit den Schlussfolgerungen von Nizza in Kürze eine Mitteilung zur Frage der Grenzregionen vorlegen wird, um deren wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Europakonferenz

13. Die Europakonferenz wird unter belgischem Vorsitz in ihrer derzeitigen Zusammensetzung einberufen. Um die Partnerschaft der EU mit der Ukraine und Moldau zu stärken, werden diese Länder später eingeladen, sich der Konferenz anzuschließen.

Zusammenarbeit mit der Ukraine

14. Eine stabile und positive politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine ist von strategischer Bedeutung für Europa. Die Union erkennt die auf Europa gerichteten Bestrebungen der Ukraine an und wird die demokratische Entwicklung, die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und marktorientierte wirtschaftliche Reformen weiterhin unterstützen. Der bevorstehende Besuch des Präsidenten des Europäischen Rates ist Ausdruck dieser Unterstützung.

Debatte über die Zukunft der Union

15. Die offene Debatte über die künftige Entwicklung der Europäischen Union wurde am 7. März eingeleitet. Der Bericht des Vorsitzes zählt viele ermutigende Initiativen auf, die seitdem unternommen wurden. Diese Debatte, die alle Teile der Gesellschaft einbezieht, muss in den kommenden Jahren aktiv fortgesetzt werden. Als Teil der Vorbereitung der Regierungskonferenz 2004 werden die Mitgliedstaaten und die Bewerberländer gebeten, die wichtigsten Punkte der auf nationaler Ebene geführten Debatte zusammenzufassen und den folgenden Vorsitz darüber zu berichten. Bis zur Tagung des Europäischen Rates in Laken werden Überlegungen darüber angestellt werden, wie die Vorbereitungsphase für die RK 2004 strukturiert werden soll und wie eine breitere Beteiligung an diesen Arbeiten, einschließlich der etwaigen Schaffung eines offenen Forums, erzielt werden kann.

Modernisierung der Institutionen

16. Die Union braucht moderne, offene und bürgernahe Institutionen. Die derzeit in allen Institutionen der Union durchgeführten Reformen unterstreichen, dass sie alle sich für dieses Ziel engagieren. Die neuen Regelungen in Bezug auf das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Dokumenten stellen einen bedeutenden Schritt zu größerer Offenheit in der Union dar.

17. Wie aus dem Bericht des Generalsekretärs hervorgeht, sind zusätzliche Reformen der Strukturen und Arbeitsverfahren des Rates erforderlich. Der Generalsekretär wird möglichst für die Tagung des Europäischen Rates in Laken detaillierte Empfehlungen für weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine effiziente Tätigkeit des Rates, die auf einer besseren Vorbereitung der Ratstagungen, auf einer effizienten Koordinierung zwischen den verschiedenen Ratsformationen und auf effizienteren Arbeitsverfahren nach der Erweiterung beruht, vorlegen, so dass der Europäische Rat die notwendigen Beschlüsse bis Juni 2002 fassen kann.

18. Das Haushaltsverfahren sowie die Ausführung und die Kontrolle des Haushalts sind an moderne europäische Standards anzupassen. Die überarbeitete Haushaltsordnung sollte vor Ende 2002 angenommen werden.

[...]